

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verleger: Rudolf Dörmann, Dresden, Nr. 31302
Verlag: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Bank-Konto: Allg. Deutsche Credit-Anstalt, Dresden
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher, Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-R. und Dresden-N.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Er scheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Kunst, Natur- und Fremdenliste“. Der Bezugspreis wird jeweils am Monatsanfang bekanntgegeben; bei den Postanstalten 5500 mal Schilling. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung beim Nachbestellen der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugsbetrags. Druck: Clement Langraf Nachf., Dresden-Freital. Bei unregelmäßig eingehenden Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Versprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden die Tageszeitung, Post-Zeitung mit Grundzahl 100 mal Schillingzahl berechnet. Anzeigen die 4 gepalt. Zeile mit Grundzahl 300 mal Schillingzahl. Anzeigen u. Anzeigen mit Hochdruckarten u. schwierigen Charakteren werden m. 50% Aufschlag berechnet. Schluss d. Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen d. Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anrechnung gebracht. Abkündigungserlös: bei verspäteter Zahlung, Abgabe oder Kontur des Auftraggebers.

Nr. 253

Blasewitz, Montag, 29. Oktober 1923

85. Jahrgang.

Das Reich fordert den Rücktritt der sächsischen Regierung.

Die Forderung des Reiches abgelehnt. — Die Absetzung angeordnet. — Ein Regierungskommissar für Sachsen. — Eine gleichzeitige Forderung an Bayern betreffend die Reichswehr.

Berlin, 27. Okt. Folgend die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufsätzen an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Auslieferung gegen die Reichsgewalt aufgefordert haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Seligner aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung anerkenne. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des morgigen Tages erwarte, und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung ihrer Aufforderung sofort ergreifen werde.

Die sächsische Regierung lehnt ab.

Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor. Rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzurufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber sobald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Ebert ermächtigt Stresemann zur Absetzung.

Berlin, 28. Okt. Zur Entschließung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entschließung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Regierungskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen. (W. T. V.)

Heinze Regierungskommissar.

Berlin, 29. Oktober. Der Herr Reichskanzler hat den Minister a. D. Dr. Heinze zum Regierungskommissar für Sachsen ernannt.

Einstimmig gefaßt!

Berlin, 28. Oktober. Die Mitteilung der „Welt am Montag“, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts gegen das Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten gestimmt hätten, ist unrichtig. Der Beschluß, das Schreiben abzugeben, ist einstimmig gefaßt worden.

Die freien Gewerkschaften und der sächsische Konflikt.

Berlin, 29. Oktober. Die freien gewerkschaftlichen Epithetorganisationen werden am Dienstag in Berlin in einer Sitzung zum sächsischen Konflikt und zu dem Hilferuf der sächsischen Gewerkschaften Stellung nehmen.

Vermittlungsversuche der USPD?

Berlin, 29. Oktober. Die „Welt am Montag“ berichtet: Am Sonntag vormittag sind mit dem sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Grabmayer, die Mitglieder des so-

zialdemokratischen Parteivorstandes Hilferding und Dittmann, sowie der Wiederaufbauminister Robert Schmidt nach Dresden gefahren, um sich mit der sächsischen Regierung ins Benehmen zu setzen. Auch der Vorstand der Berliner Sozialdemokratie, Reichstagsabg. Künzler, hat diese Reise unternommen.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Reise mit Vermittlungsversuchen im Zusammenhang steht.

Der Zusammentritt des Landtages verboten.

Dresden, 29. Oktober. Das Wehrfreikommando IV gibt bekannt: In Ausführung der vordringenden Gewalt verordnet: Bis zur Einberufung des Landtages durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Regierungskommissar findet ein Zusammentritt des Landtages nicht statt. Der Militärbefehlshaber, gez. Generalleutnant Müller.

23 Tote in Freiberg.

Dresden, 27. Okt. Das Wehrfreikommando IV teilt mit: In Freiberg kam es heute zu ersten Zusammenstößen zwischen Reichswehr und radikalen Elementen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurden auf Anforderung der Polizei Reichswehr auf zwei Postkutschen in die Stadt entführt, um Ansammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat der Polizeidirektor militärische Hilfe, da vier Reichswehroffiziere im Volkamt bedrängt wurden. Die Reichswehr übernahm den Postwagen, befreite die vier bedrängten Reichswehroffiziere, wurde dann aber von der Menge mit Steinen beworfen und aus Wäldern beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Die Reichswehr machte in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten wurden 12 bis 13 Personen erschossen und gegen 20 verwundet. Es wurde hierauf eine Kompanie in die Stadt entführt, um die in den Straßen immer größer werdenden Ansammlungen zu zerstreuen und die Ordnung wiederherzustellen. Nähere Meldungen hierüber liegen zurzeit noch nicht vor. Es soll jedoch auch hierbei zu Schießereien gekommen sein.

Dresden, 28. Okt. Vom Wehrfreikommando erfahren wir: „Am 28. Oktober wurde von der Reichswehr Ober-Sandau-Hainichen-Rohrzig-Luzer-Geringwalde-Dreißig-Merane und Auerbach-Reichenbach erreicht. In den bereits mitgeteilten ersten Straßenkämpfen in Freiberg am 27. Oktober wird noch ergänzend berichtet: Die am Abend zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung aus Brand-Erbisdorf herbeigezogene und in der Stadt eingetragene Kompanie des 11. Infanterie-Regiments ließ u. weit der Post auf eine größere Menschenmenge, gegen die nach vorgehender mehrmaliger Aufforderung zum Auseinandergehen den Vorwärtigen entsprechend von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde. Von der Menge wurde das Feuer besonders aus einem Grundstück „Rote Grube“ erwidert. Dabei benutzten die Aufwärtigen sogar ein Maschinengewehr. Die Kompanie überlebte im weiteren Verlauf die Straßen. Detrouillen haben während der Nacht die Stadt durchstreift und Verhal-

tungen vorgenommen. In der Nacht wurden von Aufwärtigen über die Umzäunung der Röhre Handgranaten geworfen. Auch zahlreiche Schüsse fielen. Schaden wird nicht angedeutet. Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt. Von den Aufwärtigen und Mitaläufers sind 23 tot, darunter eine Frau. 31 Verwundete wurden bisher in das Krankenhaus eingeliefert. Es ist festgestellt, daß bei dem Vorstöße an der Volk am Nachmittags des 27. Oktober die anstehende Menge durchaus planmäßig voranzuging. Eine ganze Reihe von Personen, die bei den letzten Erwerbslosendemonstrationen eine führende Rolle gespielt haben, waren bei diesen Zusammenstößen beteiligt. Zwischenfälle auswärts sollen in größerer Anzahl die Aufwärtigen angeht haben. Einwandrig: Gewerkschaften haben mitateil, daß mit Sabotage- und Terrorakten in den nächsten Tagen gerechnet werden muß. Auch verdient besondere Beachtung, daß am 26. Oktober in Steinbrunn in der Umgegend von Freiberg mehrere Pulvermagazine gewalttätig erbrochen und Dynamit und andere Sprengstoffe in beträchtlicher Menge entnommen worden sind. Einige Täler sind bereits ermittel, ein Teil der Sprengstoffe wieder herbeigeschafft worden. Ueber das Verhalten der Reichswehr während der Kämpfe in Freiberg bekümmert durchaus sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz vieler Reichswehrtrouppen durch die Menge bis zum Verherben gegangen ist.“

Freiberg, 29. Okt. Hier ist am Sonntagabend der Generalfreistrahler ausgerufen worden. Es wird nicht nur in den Industrien, sondern auch in Handel und Gewerbe gestreikt. Die arbeitswilligen Betriebe wurden durch Drohungen zur Arbeitsleistung gezwungen, sogar die gedruckten Zeitungen durften auf Anordnung des Streikkomitees nicht erscheinen. Die Reichswehr verhält sich abwartend. Es sind neue Truppen in Freiberg eingetroffen. Heute herrscht Ruhe in der Stadt.

Wichtige Ereignisse.

Die Eisenbahn erhebt vom 1. November ab Goldmarkfahrpreise und Goldmarkgebühren, die täglich nach dem Kurs wechseln.

Bayern ist durch das Reich auf dem Wege zum Staatsbankrott gezwungen worden. Hinsichtlich der Reichswehr sind ungesunde Zustände durchzuführen.

Poincaré lehnt in seiner Rede am 27. Oktober die Anregung Baldwin's auf Einberufung einer internationalen Konferenz ab.

Die Epithetorganisationen der Gewerkschaften werden sich Dienstag mit der sächsischen Angelegenheit beschäftigen.

Hochdruck der politischen Spannung.

Die Spannung zwischen der Reichs- und der sächsischen Landesregierung hat mit dem am das Kabinett Jeanen getriebenen Ultimatum einer Rücktrittsforderung, mit der Ablehnung dieser Forderung durch die sächsische Regierung und mit der vom Reichspräsidenten dem Reichskanzler erteilten Ermächtigung, die Landesregierung abzusetzen und einen Regierungskommissar für Sachsen zu ernennen, den Höhepunkt der politischen Krise erreicht.

Der außenstehende Beobachter, welcher nur auf die nicht immer vollständigen oder erschöpfenden amtlichen Kommuniqués angewiesen ist, wenn er sich ein Bild der Vorgänge machen will, kann natürlich nicht wissen, welche Vorgänge sich hinter den Kulissen abspielen haben, bevor das Ultimatum abgesetzt worden ist. Er ahnt in dieser Beziehung dem Theaterbesucher, welcher nicht das Buch, sondern nur den kurzweiligen Inhalt eines Dramas kennt und bei der Aufführung darauf angewiesen ist, diese direkt auf sich einwirken zu lassen.

Wir ahnen nicht zu jenen Politikern, die sich im Gefühlsüberdruß die Maßnahmen der Reichsregierung mit Freuden begrüßen; ebensowenig aber auch zu denen, welche von der radikalen Drohung umhüllt in Grund und Boden verkommen. Wir wissen nicht ab und kommen dabei zu dem Schluß, daß in Sachsen war mancherlei geschehen ist, was mit dem Reichsinteresse sich schwer vereinbaren läßt; die Vorgänge in Bayern mögen daran zum guten Teile mitgewirkt haben, weil Druck und Gegenruck, Aktion und Reaktion in dieser Beziehung auch im politischen Leben leben. Aber es ist zu erwägen, ob die Reichsregierung ohne weiteres nur gleich zu der scharfsten Maßnahme, zur ultimativen gestellten Rücktrittsforderung hätte greifen müssen. Diese Erwägung wirft die Frage auf: Waren alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft? Eine Antwort darauf vorzugeben wir nicht zu geben, weil über solche Verhandlungen so gut wie nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Man hörte nur von mehrfachen Reisen des Ministerpräsidenten nach Berlin, die mit keinem Kampfe gegen Gehter im Zusammenhang standen und von der Reife des sächsischen Volkskomitees nach der Reichsregierung, über deren Zweck nur verlaute, daß er dort keine Institutionen erhalten habe. Nachdem aber bekannt gegeben wird, daß der Beschluß des Reichskabinetts, die Landesregierung in Sachsen zum Rücktritt zu zwingen, einstimmig gefaßt worden ist, muß man annehmen, daß alle Verhandlungswege erfolglos bestritten worden sind. Der Reichspräsident, welcher Stresemann ermächtigt, den Regierungskommissar einzusetzen, ist Sozialdemokrat, auch Soliman, der Reichsminister des Innern, in dessen Ressort die Angelegenheit fällt, ge-